

FRANKREICH		Stand: 28. Mai 2020 Recherche: Victor Warhem	
Lagebericht Gesundheit 22. –28. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Tägliche COVID-19-Todesfälle: weiterhin sinkend gegenüber Vorwoche; 86% mit Vorerkrankungen; 93% über 64 Jahre. • Krankenhausaufnahmen seit 14. April rückläufig. • Intensivbetten-Auslastung seit 1. April rückläufig. • Patienten auf Intensivstation: 83% mit Vorerkrankungen; 54% über 64 Jahre. • Institut Pasteur (Schätzung): 4–5 Mio. Franzosen mit Sars-Cov-2 in Berührung gekommen. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 22. –28. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Seit 11. Mai: Erste schrittweise Lockerungen: <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum (max. 10 Personen); maximale Entfernung von 100 km zum üblichen Wohnort außer für dringende familiäre oder berufliche Zwecke. • Wiedereröffnung von kleinen Kulturzentren und Bibliotheken. • Schrittweise Wiedereröffnung der Kindergärten und Schulen: Maximal 15 Schüler pro Klassenraum, teilweise Maskenpflicht. • Wiedereröffnung von Einzelhandelsgeschäften und Märkten: nach Genehmigung der zuständigen Behörde. • Wiedereröffnung von Einkaufsflächen über 40.000 qm: nach Genehmigung der zuständigen Behörde. • Züge: max. 50% der Kapazität. • Alle Lockerungen vorerst bis 2. Juni. Anschließend voraussichtlich bis Sommerende, sofern keine Erhöhung der Reproduktionszahl über 1 bis Ende Mai. • Kinos, Theater und Konzertsälen bis mindestens 2. Juni geschlossen. • Gastgewerbe bleibt im Mai geschlossen. • Großveranstaltungen (ab 5.000 Personen) bis September verboten. • Vorschriften für Unternehmen ab dem 11. Mai: (1) Home Office bevorzugt, (2) mindestens 4 qm pro Beschäftigtem, (3) Verkehrsregelungen für Personen innerhalb der Unternehmensgebäude, für Ankünfte und Ausfahrten, (4) Testen der Beschäftigten vor der Rückkehr ins Unternehmen wegen mangelnder Testkapazitäten verboten, (5) keine Maskenpflicht. • Der am 24. März 2020 in Kraft getretene Notstand, der der Regierung Sonderbefugnisse zur Bekämpfung der Corona-Krise einräumt, wurde bis mindestens 10. Juli verlängert. • Verkündung neuer Lockerungsmaßnahmen durch Premierminister Philippe am 28. Mai. Im Gespräch sind: <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum (max. 10 Personen); Lockerung der bisherigen maximalen Entfernung von 100 km zum üblichen Wohnort außer für dringende familiäre oder berufliche Zwecke. • Wiedereröffnung der Gymnasien, Gastronomie, Campings und Parks und Freizeitparks. 			
Wirtschaftliche Lage 22. –28. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • INSEE-Prognosen: BIP: -20% im 2. Quartal 2020 im Vergleich zum 2. Quartal 2019; -8% für 2020 im Vergleich zu 2019. • 8,6 Mio. Beschäftigte in Kurzarbeit im April (für im Durchschnitt 2,8 Wochen). • Neu-Einstellungen April: -64,9% im Vergleich zu März • Prognose BPCE: Sparquote der privaten Haushalte 2020 ca. 18%. • Industrieproduktion im Mai 2020: -29% im Vergleich zum Januar 2020 (Stand: 25. Mai 2020) • Stahlproduktion im Mai 2020: -57% im Vergleich zum Januar 2020 (Stand: 18. Mai 2020). • Absatz Automobilindustrie: -89% im April 2020 im Vergleich zum April 2019. • Offene Rechnungen im Mai: +82% im Vergleich zur Vorkrisenzeit. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 441,5 Mrd. €; • Staatsgarantie (330 Mrd. €) für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen (bis 25% des Jahresumsatzes) über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. <ul style="list-style-type: none"> • Banken tragen die ersten 3% der Ausfälle, darüberhinausgehende Ausfälle werden von Banken und Staat übernommen. • Stand 7. Mai: 66,5 Mrd. € bereits genehmigt (46 Mrd. zum 7.5.). Bislang Anträge in Höhe von 93 Mrd. €. • Hilfspaket der Regierung (111,5 Mrd. €): 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Stundung von Mehrwertsteuervorauszahlungen, Körperschaft- und Einkommensteuervorauszahlungen (2 Monate) und Sozialbeiträgen (ein Quartal): 25,5 Mrd. € • Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, vorwiegend zur Kurzarbeit: 24,5 Mrd. € • Rekapitalisierung von Unternehmen: 20 Mrd. € • Vorzeitige Auszahlung von Steuergutschriften: 23 Mrd. € • Solidaritätsfonds zur Unterstützung von insolvenzgefährdeten sehr kleinen Unternehmen (bis zu 10 Arbeitnehmer und Jahresumsatz unter 2 Mio. €): 7 Mrd. € und Hilfsfonds für mittelständische Unternehmen unter 5.000 Mitarbeitern: 1 Mrd. € • Zusätzliche Gesundheitsausgaben: 8 Mrd. € • Zusätzliche Nothilfsmittel: 2,5 Mrd. € • Der staatliche Fonds "Caisse des Dépôts et Consignation" wird ein Investitionsprogramm für die Tourismusbranche i.H.v. 1,6 Mrd. € finanzieren. • NEU: Maßnahmenpaket in Höhe von ca. 13 Mrd. € vom 27. Mai 2020: • Wiederaufbauplan für die Autoindustrie i.H.v 8 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Renault: Staatsgarantie für 5 Mrd. €-Kredit. Auflagen für Beschäftigung an französischen Standorten, • 750 Mio. € für Akku-Sektor, • 1,3 Mrd. € für Kaufprämien umweltfreundlicher Fahrzeuge und „Abwrackprämien“, • 200 Mio. € Zuschüsse zur Robotisierung des Sektors, • 600 Mio. € Eigenkapital-Investitionen, • 150 Mio. € R&D (Hydrogen-Technologien). • Unternehmen bis 249 Beschäftigte im Tourismus-, Kultur-, Sportsektor und Gastgewerbe: Keine Sozialbeiträge für den Zeitraum der behördlichen Zwangsschließung (3 Mrd. €). Unternehmen in anderen Sektoren dürfen die Sozialbeitragszahlungen über die nächsten 36 Monate verteilen. • 1,2 Mrd. € für Alten- und Pflegeheime (Finanzierung des Pflegematerials, steuerfreie Sonderprämien für Pflegepersonal). • Steuerfreie Sonderprämien von 330 € bis 1.000 € für 65.000 Beamte, v.a. Lehrer, Informatiker, Krankenpfleger. • NEU: Übernahme des Kurzarbeitergelds vom Staat von 70% auf 60% des Bruttogehalts ab 1. Juni gesenkt; die Differenz übernehmen nun Unternehmen.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Die Sozialpartner können nach Ende des Notstands (derzeit 11. Juli) die Bestimmungen für befristete Verträge und Zeitarbeitsverträge ändern und bis zum 23. Januar 2021 auf Unternehmensebene von Branchenvereinbarungen abweichen. Ziel ist unter anderem die Verlängerung befristeter Verträge.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Zustimmung des Parlaments zur Tracking-App „Stop Covid“ – Benutzung ab Pfingstwocheneende möglich. • Die öffentliche Bank Bpifrance hat 4,2 Mrd. € von privaten und staatlichen Investoren gesammelt, um französische „Vorzeigeunternehmen“ vor Übernahme zu schützen. • Gesundheitsminister möchte die 35-Stunden-Arbeitwoche in Krankenhäusern lockern. • Gericht: Versicherer Axa muss für Verluste als Folge der verordneten Schließung von Restaurants aufkommen. • Axa wird 500 Mio. € in Unternehmen von 11 bis 4.999 Beschäftigten investieren, um ihnen zu helfen, die Corona-Krise zu überwinden. • AirFrance: Als Gegenleistung für Staatshilfe i.H.v 7 Mrd. € 40% weniger Inlandsflüge bis Ende 2021.